Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Die Arbeitszeit“. Vierteljährlich 1,50 M., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6962) pro Vierteljahr M. 2.24. Unser Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
an Sonntags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1704.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden.“

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet, auch bei tabellarischem Satz oder Wiederholung wird Aufpreis geschlagen. Vereinsanzeigen 15 Pf. Zeile. Inserate werden bis spätestens Früh 10 Uhr in der Expedition abgegeben und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftsstunden von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1709.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 18. | Dresden, Donnerstag den 23. Januar 1902. | 13. Jahrg.

Zur politischen Lage.

Die Blätter der Zollwucherer werden immer nervöser. Sie behaupten mit verdächtigem Eifer, es müsse etwas gegen die „Obstruktion“ der Tarifgegner gethan werden. Diesem Schwindel muß man bei Zeiten entgegentreten, denn von einer Obstruktion kann gar keine Rede sein. Kein sachlicher Gegner der Vorlage wird doch um der schönen Augen der Junker willen von seinem Rechte abstehen, die ihm notwendig erscheinenden Abänderungsanträge einzubringen und zu begründen! Sogar die Freunde des Brotwuchers machen ja von diesem Rechte ausgiebigen Gebrauch. Wozu also die Aufregung? Freilich, die Situation ist für die Junker und Junkergenossen keineswegs behaglich. Mehr als vierzehn Tage schon beschäftigt sich die Zolltarifkommission allein mit dem Tarifgesetz; dauert dessen Beratung aber schon so lange, obschon dabei unter den Majoritätsparteien keine Differenzpunkte vorhanden sind, wie wird es dann erst mit dem eigentlichen Tarife werden! Bei ihm ist eine geschlossene Mehrheit bei fast keiner einzigen Position zu erwarten; da wird es ein Geseilsche und Gehandle geben, dessen Ausdehnung kaum abzusehen ist. Immer wieder und wieder tauchen Nachrichten auf, daß sogar über die am längsten öffentlich diskutierten Sätze starke Meinungsverschiedenheiten herrschen. So schreibt z. B. die Kreuzzeitung: „Wie wir hören, wird von gewisser Seite im Reichstag das Gerücht verbreitet, ein Teil der konservativen und freikonservativen Abgeordneten sei bereit, sich mit den in der Zolltarifvorlage für Getreide eingestellten Sätzen zu begnügen. Davon kann nach unserer Kenntnis durchaus nicht die Rede sein; im Gegenteil ist die konservative Partei einmütig der Ueberzeugung, daß diese Sätze nicht ausreichend sind, der Landwirtschaft den anerkannt notwendigen Schutz zu gewähren.“ Die Deutsche Tageszeitung, das Bündlerblatt, bestätigt zwar diese Bekräftigung der Kreuzzeitung, man darf aber ruhig abwarten, ob nicht doch etwas Wahres daran ist. Da auch die nationalliberale Fraktion, in der bekanntlich eine Anzahl „Ueberagrarier“ sitzen, neuerdings beschlossen haben soll, sich „vorläufig auf den Boden des Entwurfs“ zu stellen, so darf man sich schon jetzt auf sehr interessante Kämpfe der Brotwucherer unter sich gefaßt machen. Wir stehen also lachende Dritte dabei, denn es liegt durchaus im Interesse der großen Masse der Konsumenten, wenn das ganze Werk Posadowsky schon an der Uneinigkeit über die Getreidezölle scheitert. Wird aber diese Klippe von den Brotwucherern glücklich umschifft, dann stellen sich gleich andere wieder in den Weg: haben sie doch selbst beantragt, Mindestzölle auch für andere Artikel als Getreide festzulegen, Zölle festzusetzen für Gegenstände, die in der Vorlage zollfrei gelassen worden sind, wie Gemüse, Blumen und dergl. Endlich ist nun von nationalliberaler Seite mit dem Antrag auf Erhöhung des Tabakzolls die ganze Frage der Tabakbesteuerung aufgerollt worden.

Von den Industriezöllen hört man bei allen diesen Erörterungen recht wenig. Und doch werden sie den Gegenstand erneuter Verhandlungen abgeben müssen. Die Abgeordneten werden täglich überschwemmt mit allerhand Petitionen aus den Kreisen der Industrie, Petitionen, die sich zum großen Teile direkt widersprechen, also selbst schon deutlich zeigen, welche Interessengegensätze dabei zu überwinden sein werden. Vergleichen läßt sich nicht kurzer Hand abthun. Die Agrarier freilich interessieren sich nicht für solche Einzelheiten; ihnen ist es nur um die Verteuerung ihrer Produkte zu thun, aber eine geschlossene Mehrheit, um solche Petitionen in den Papierkorb zu befördern, ist keineswegs vorhanden. Und wenn auch die Industriezölle, in der ganze Tarif, die Kommission passieren, die eigentlich entscheidenden Schlachten werden dann doch erst noch im Plenum geschlagen werden. Und endlich: bei diesem Tarife handelt es sich immer noch nicht um endgültige Festsetzungen, sondern nur um Unterlagen für die von der Regierung einzuleitenden Vertragsverhandlungen mit den fremden Regierungen.

Man begreift die Nervosität der Brotwucherer!

Und dabei Zwist in ihren eigenen Reihen. Das Zentrum hat dem Bunde der Landwirte Fehde angesagt. Zeit war's für die Schwarzen, die ungestümen Bündler ein wenig zu dämpfen. Die Vorpostengefechte währen schon lange. Schon am 29. November 1895 warf Herr v. Plötz in eine Versammlung des Bundes der Landwirte zu Danzig das Wort: „Das Zentrum muß gesprengt werden!“ Am 14. Febr. 1898 spottete der Abgeordnete Dr. Oertel im Zirkus Busch über das „Murmeln der Gebete“ und „dogmatischen Formelkram“; im vergangenen Jahre brach der Bund der Landwirte in Rheinland und Westfalen ein und veranstaltete herausfordernde Schaustellungen in Düsseldorf und Köln, und jetzt läßt er den Westen mit seinen Werberednern überschwemmen. Kann endlich ist's genug; die Geduld des Zentrums ist zu Ende. Es erklärt die Taktik des Bundes für „Raubtauscherei“ und die Propaganda des Bundes für „politische Wilddieberei und Raubrittertäge“. Der Zwist ändert natürlich nunmehr nichts an der Thatsache, daß das Zentrum „agrarisch bis auf die Knochen“ ist, um seine Bauern auch weiter als Stimmvieh mißbrauchen zu können; aber er stärkt doch auch jenen Mannen des Zentrums ein wenig das Rückgrat, die auf die Industriearbeiterschaft Rücksicht zu nehmen haben. Die „Taktiker“ des Zentrums werden alles daran setzen, um auch fernerweit diesen klaffenden Interessengegensatz zu überkleistern; aber derartige Kunststückchen halten bekanntlich nicht lange, und schließlich merkt auch der dümmste Zentrumswähler, daß er an der Nase herumgeführt worden ist. Warum sollte sich also das Zentrum gar so arg für diesen Zolltarif ins Zeug legen, der die unangenehme Eigenschaft hat, als „Sprengpulver“ zu wirken? Wenn er hält, dann hält er eben — ein Teil des Zentrums kann das dann bejubeln, der andere beklagen; so wird die „Einigkeit“ wieder hergestellt.

Die Freunde des Volkes haben Ursache, mit dem bisherigen Gange der Ereignisse zufrieden zu sein.

Politische Uebersicht.

Bülow enthüllt.

Im Reichstag setzte am Mittwoch die zweite Lesung des Etats sehr lebhaft ein. Der Etat des Reichstags, mit dem begannen wurde, ließ sich zwar rasch erledigen. Dagegen schlug die Diskussion beim Etat des Reichskanzlers erregte Wellen. Graf Bülow mußte nicht weniger als fünfmal das Wort nehmen, bevor ihm sein Gehalt bewilligt wurde. Den Anstoß zu der ganzen Debatte gab der jüngst erst in das Haus eingetretene Dr. Barth. In recht geschickter Weise benutzte der Führer der freisinnigen Vereinigung die Gelegenheit, um den Reichskanzler zu Erklärungen über die Stellung des Bundesrates zu den Initiativanträgen des Reichstages, auf erhöhten Schutz der Wahlfreiheit, auf Bewilligung von Diäten, auf Ausdehnung des Rechts der freien Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten herauszulocken. Der Redner fragte den Grafen Bülow spöttisch, ob er, der die preußische Verfassung nach eigenem Geständnis immer in der Tasche trage, nicht auch Zeit zum Studium der Reichsverfassung fände. In ihr wird ausdrücklich die Gleichberechtigung des Reichstags und des Bundesrats ausgesprochen. Seit Jahren aber ist es Gewohnheit geworden, daß bei der Verhandlung von Initiativanträgen im Plenum kein Vertreter des Bundesrats zu sehen ist. Auch an den Kommissionsberatungen über derartige Anträge nimmt kein Kommissar des Bundesrats teil. Und schließlich läßt der Bundesrat den Reichstag jahrelang auf Antwort warten, und teilt ihm nicht mit, wie er sich zu den Initiativanträgen stellt. Besonders warm legte der Redner dem Reichskanzler als Hüter der Verfassung den Schutz des Wahlgeheimnisses ans Herz und empfahl ihm, dem bekannten Antrag Rickert auf Einführung amtlicher Kuverts und eines Zollerlasses für die Wähler endlich die Zustimmung des Bundesrats zu erwirken. Graf Bülow verschanzte sich in seinen Antworten ganz hinter formalen Einwänden. Auf eine Abänderung des Wahlreglements einzugehen, lehnte er in seiner ersten Rede glatt ab, später drohte er versteckt mit der Möglichkeit einer Verschlechterung des Wahlrechts, wenn überhaupt die Frage des Wahlrechts im Bundesrat angeschnitten würde. Auch in der Behandlung der Initiativanträge solle alles beim alten bleiben. Nach der Darstellung des Reichskanzlers ist der Bundesrat ein geradezu mittelalterliches Regierungsinstrument. Es wird in ihm mit so und soviel von den Vertretern nach den Instruktionen ihrer Regierungen abgestimmt und diese Ja- und Neinmaschinen sind häufig gar nicht in der Lage, die Gründe für ihre Abstimmung abzugeben. In der Unverantwortlichkeit des Ministerpräsidenten gesellt sich also nach Graf Bülow auch noch die Unverantwortlichkeit der Bundesratsmitglieder. Was bleibt dann schließlich noch übrig? Beständig bezog sich der Reichskanzler auf den Fürsten Bismarck als den Schöpfer der Reichsverfassung. Die Diätenlosigkeit bezeichnete er als Voraussetzung und Ergänzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, wenn auch aus seinen Worten herauskling, daß er von der Zweckmäßigkeit der Diätenverweigerung angesichts des Zolltarifs nicht gerade überzeugt ist. Redensarten, wie er sie gebrauchte, werden mit Vorliebe von reaktionären Blättern angewendet, die aus der Gewährung der Diäten ein Geschäft machen möchten, daß die Abgeordneten mit der Zustimmung zur Beseitigung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen bezahlen sollen. Der Freikonservative Tiedemann, der früher die rechte Hand Bismarcks war, besaß die Stirn, diesen Vorschlag im Reichstag offen zu machen. Die Linke gab ihrer Entrüstung darüber kräftigen Ausdruck. Von allen Rednern wurde

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

12. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

IX.

Nachdem Mortensen die Leitung des Volksfreundes übernommen hatte, wurde der Titel des Blattes in: Der wahre Volksfreund umgeändert. Und anstatt der ziemlich dürftigen Ausstattung, die es zur Zeit Vater Hansens hatte, bekam das Blatt nun schönes Papier und neue Typen.

Die Illustrationen dagegen verblieben eine Zeitlang noch von gleich trauriger Art: schwärzliche Klexe mit etwas Weiß darin. Eines Tages aber teilte der Redakteur seinen Abonnenten mit, vom nächsten Vierteljahr an würden die Illustrationen aufhören.

Hierdurch verlor das Blatt selbstverständlich unter den kleinen Bauern einige Abonnenten. Mortensen war aber doch zufrieden. Der wahre Volksfreund fand bald sein Publikum, und was die pekuniäre Seite des Unternehmens betraf, so schien alles ganz über Erwarten gut zu gehen.

Wenn Mortensen am Morgen sein Blatt mit ins Amt brachte, geschah es oft, daß der Jüngste im Bureau es laut vorlas, „wenn man Zeit hatte“.

So hatte eines Tages Hjorth gerade die Vorlesung eines Zeitartikels beendet, in dem nachgewiesen wurde, daß es heutzutage unmöglich sei, genau zu bestimmen, wer oder was mit dem Ausdruck: Volk gemeint werde; am ehesten bedeute der Ausdruck noch den Beamtenstand, der das Mark des Volkes ausmache — da trat der Großhändler Falck-Olsen in das vorderste Zimmer und fragte nach dem Staatsrat.

Während einer der Herren den Großhändler nach dem Zimmer des Staatsrats wies, zerstreute sich der Zuhörerkreis, der sich um den Wahren Volksfreund versammelt hatte, und jeder suchte seinen Platz in den anstoßenden Zimmern auf, um sich in seinen Papierberg zu vergraben.

Nur Vater Hansen hatte sich nicht gerührt. Er that immer, als hörte er diese Vorlesungen nicht — was ihm indessen nicht viel half, denn so oft etwas kam, von dem man voraussetzte, daß es ihn ärgern werde, dann wurde es ihm ins Ohr gebrüllt. Vater Hansen war ein warnendes Beispiel für die jüngeren Beamten geworden: an ihm sah man, wohin es führt, abweichende Meinungen zu haben. Alle wußten, daß Hansen nicht weiter kam. Da, wo er jetzt saß, das Gesicht gegen die Wand gekehrt, und in allerhand Abfallsarbeit wühlend, da wußte man, wurde er sitzen bleiben bis an sein Lebensende — es sei denn, daß man schließlich gar sich genötigt sehen würde, ihn zu verabschieden: in der letzten Zeit munkelte man nämlich davon, daß Vater Hansen trank.

Als der Staatsrat seinen Freund, den Großhändler, eintreten sah, erkannte er sofort, daß ihm eine Unterredung über geschäftliche Dinge bevorstand, und diese Unterredungen waren im allgemeinen äußerst peinlich.

Deshalb fragte er in gezwungen heiterem Tone, ob der Großhändler gekommen sei, um ihn zu einer Jagdgesellschaft einzuladen. Es war gerade ein stiller klarer Wintertag mit leichtem Frost und Sonnenschein.

Falck-Olsen fing aber in trockenem, geschäftsmäßigem Tone an, von den schlechten Zeiten zu reden, wo man überall Verluste und nirgends Gewinn habe.

„Ja, ja!“ unterbrach ihn der Staatsrat. Er ging im Zimmer auf und ab und stieß die Hände mit ausgespreizten Fingern so zusammen, daß alle Fingerspitzen sich berührten. „Die inländische Industrie und der Handelsstand liegen zur Zeit darnieder; das läßt sich nicht leugnen. Wir hatten aber —“

„Ach — das dauert noch lange, bis das besser wird. Ich weiß gar nicht, was hierzulande los ist. Eine Zeitlang geht's — sogar glänzend. Dann aber steckt alles, fällt auseinander, nichts will mehr gedeihen. Da haben wir nun z. B. diese Aktienbank, die bei so viel Champagner gefüttert wurde — im vorigen Jahre und dieses Jahr ging alles schief.“

Bei diesen Worten atmete der Staatsrat erleichtert auf. Er hatte schon gefürchtet, der Großhändler sei gekommen, um ihn über die „Schwierigkeit, Geld flüssig zu machen,“ über „große konstante Vorschüsse“ und ähnliche unangenehme Dinge zu unterhalten, mit denen er zu kommen pflegte, wenn er schlechter Laune war. Die Aktienbank war aber ein ganz unschuldiges Gesprächsthema, und der Staatsrat antwortete daher scherzend: „Da muß ich doch wahrhaftig als Mitglied des Aufsichtsrats der Bank gegen Ihre Angriffe protestieren. Wir haben im Gegenteil nach Ausweis des Jahresberichts —“

„Auf den Jahresbericht pfeife ich,“ antwortete Falck-Olsen voller Wut. „Das ist die geringste Kunst, seine Jahresberichte zu liefern, das kann heutzutage jeder Tölpel. Was aber fehlt, das ist die Geschäftstüchtigkeit in der Direktion. Was soll denn auch herauskommen bei all diesen klugen Juristen, die nie in ihrem Leben ein Geschäft gemacht haben — all diese Staatsräte, Advokaten und Assessoren — die verstehn von der Sache nichts — nein, wahrhaftig, sie verstehn gar nichts davon — sie verstehen nichts von der Sache!“

Jetzt wurde dem Staatsrat klar, um welche „Sache“ es sich handelte. Er ließ behaglich die Finger gegen einander und sagte: „Darin haben Sie gewiß zu einem großen Teil recht, mein lieber Freund! — zu einem großen Teil. Aber —“ und nun blieb er stehen, faßte seinen Freund beim linken Rockaufschlag und fuhr dann fort: „Es ist doch wunderlich, wunderlich und bedauerlich, daß ein Mann wie Sie so ganz und gar alles Geschäftliche bar sein muß.“

„Wie?“ fragte der Großhändler und sah ihn ungewiß an.

„Kommt es Ihnen denn nie zum Bewußtsein, daß Sie allzu wenig von dem Einfluß Gebrauch machen, den Sie haben — oder wenigstens haben könnten. Denken Sie z. B. an die Aktienbank, die Sie eben genannt haben. Wenn der alte Staatsrat Falbe aus der Direktion austritt, was wahrscheinlich in der nächsten Generalversammlung geschehen wird, so wäre doch dieser Direktorposten gerade etwas für Sie!“

„Nun ja — den will ich ja gerade haben,“ platzte der Großhändler heraus.

„Unmöglich — leider! Ganz unmöglich — lieber Freund!“ antwortete der Staatsrat, der wieder im Zimmer auf und abging.

„So?! Darf ich fragen, warum?“

„Weil Konsul Lind wahrscheinlich den erledigten Direktorposten wird haben wollen.“

„Wollen? Wollen? Hat man schon so etwas gehört?“ rief der Großhändler und lachte gezwungen. „Ich möchte wissen, warum dem alles auf seinen Wink bereit stehen soll; er ist doch nicht viel reicher als ich.“

„Gewiß nicht. Aber er ist zuverlässig.“

„Was meinen Sie damit? — Bin ich vielleicht kein zuverlässiger Mann?“

„Ruhig, ruhig, lieber Freund!“ sagte Staatsrat Bennechen lächelnd und drückte ihn in einen Stuhl. „Ich bitte Sie, meine Meinung durch ein kleines Beispiel erläutern zu dürfen. Wie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG